



**HYPO
TIROL**

Unsere Landesbank

Investieren mit Weitblick

Ausgabe 04/2021

hypotirool.com/privatebanking

Editorial	4
Weltwirtschaft	6
China – Energiekrise, Immobilienkrise – ein Ausblick.	
Rohstoffe	8
Stahl – Droht nach rekordhohen Notierungen eine Preisabschwächung?	
Rentenmarkt	10
Steigende Renditen in Europa und den USA. Sind höhere Zinsen in absehbarer Zeit möglich?	
Aktien	11
Die Entwicklung der Unternehmensgewinne in Zeiten der Corona-Pandemie.	
Aktienliste	12
Europa/USA	
Sonderthema	14
Nachhaltige Investitionen. Vorübergehende Erscheinung oder Paradigmenwechsel?	
Ansprechpartner	17

Rechtliche Hinweise:

Diese Darstellung dient Ihrer Information. Sie beruht auf allgemein zugänglichen Quellen, die wir, die Hypo Tirol Bank AG, zum Zeitpunkt dieser Information für zuverlässig erachten. Nicht bestimmt sind die genannten Informationen für den Vertrieb in den Vereinigten Staaten von Amerika weder für amerikanische Staatsangehörige noch für Personen mit ständigem Wohnsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika. Quellenangabe für Berechnungen: Bloomberg, eigene Berechnungen. Trotz aller verwendeten Sorgfalt müssen wir eine Haftung für die Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der Informationen ausschließen und uns Satzfehler und Irrtum vorbehalten. Die konkrete Entwicklung der Märkte ist nicht vorhersehbar. Daher können wir für die obige Markteinschätzung keine Garantie geben. Eine Haftung für Veranlagungen, die auf dieser Einschätzung beruhen, müssen wir daher ausschließen. Die in dieser Publikation enthaltenen unverbindlichen Produktbeschreibungen dienen Ihrer Information. Die angeführten Beispiele haben wir zur Illustration gewählt. Der Inhalt stellt kein Angebot und keine Einladung zu Anbot-Stellung, Kauf oder Verkauf dar. Weder nach österreichischem noch nach ausländischem Recht. Bitte bedenken Sie: Investitionen beinhalten immer Risiken. Für eine optimale Risiko-/Ertragsbalance empfehlen wir eine Aufteilung Ihrer Veranlagung auf mehrere Veranlagungsarten. Bitte entscheiden Sie entsprechend Ihrer Risikobereitschaft und Ihrer persönlichen Anlagebedürfnisse, ob eine Anlage für Sie geeignet ist. Wir beraten Sie gerne! Impressum: Hypo Tirol Bank AG, Meraner Straße 8, 6020 Innsbruck, Österreich.

Liebe Leserinnen und Leser!



Die Inflation hat in den letzten Monaten weiter zugelegt. Vor allem heizen die stark gestiegenen Energiepreise die Kosten vieler Unternehmer und Verbraucher noch zusätzlich an. Die OPEC weigert sich indes, die Produktion schneller zu steigern und der Gaspreis bleibt stark erhöht, auch aufgrund des umstrittenen Nord-Stream-2-Projekts.

Energiepreise und Inflation

Im April letzten Jahres gab es am internationalen Ölmarkt einen bemerkenswerten Rekord. Ein Barrel Öl wurde erstmals in der Geschichte für unter 0 USD gehandelt. Konkret stürzte der Preis auf knapp -40 USD ab, wobei der Käufer des Öls nicht nur den Rohstoff erhielt, sondern zusätzlich 40 USD pro Barrel als Entschädigung dafür, dass das Öl abgenommen wurde. Eineinhalb Jahre später scheint der Ölpreis keine Grenze nach oben zu kennen. Die Gründe sind vielfältig. Allen voran steht natürlich die OPEC. Das Kartell hat im letzten Jahr die globale Ölproduktion um über 10 Mio. Barrel/Tag gedrosselt. Nun soll die Produktion wieder angehoben werden, jedoch sehr langsam. Um 400.000 Barrel/Tag will das Kartell die Förderung jeden Monat erhöhen, um so langsam wieder auf die Produktion der Vorkrisenzeit zu gelangen. Indes läuft die Weltwirtschaft auf vollen Touren, und der Bedarf nach dem

schwarzen Gold ist deutlich höher als das Angebot.

In der Vergangenheit ist der Markteinfluss zunehmend von der OPEC weg hin zu den Schieferölproduzenten in den USA gewandert. Diese junge Industrie hat die Förderung immer dann überproportional gesteigert, wenn die Ölpreise hoch waren. Aktuell ist davon allerdings wenig zu spüren. Der Hauptgrund liegt in den angeschlagenen Finanzen vieler Schieferölproduzenten. In den vergangenen Jahren wurden hohe Schuldenberge aufgebaut und gleichzeitig massiv Förderkapazitäten ausgeweitet. Der Corona-Crash am Ölmarkt hat dabei einigen kleinen Unternehmen die Existenz gekostet, und andere mussten stark restrukturieren, um die Krise zu überstehen. Im Moment sind die Ölpreise wieder so hoch, dass die Schieferölproduktion hochprofitabel ist. Allerdings scheint so mancher CEO der Lage noch nicht zu trauen, und so wird die Produktion nur sehr langsam gesteigert. Die Ölriesen haben jüngst angekündigt, im nächsten Jahr deutlich mehr zu investieren, wodurch der Ölmarkt Ende nächsten Jahres wieder dynamischer werden könnte. Die Schieferölindustrie wird mittelfristig wiederum der wichtigste Player in der Regulierung des internationalen Ölmarkts werden. Somit gehe ich davon aus, dass die Preise langfristig nicht weiter steigen, wie von

einigen Analysten prophezeit.

Aber nicht nur der Ölpreis ist politisch motiviert, auch die Gas- und Kohlepreise scheinen aktuell stark politisch getrieben. Die nach wie vor umstrittene Pipeline Nord Stream 2 des Gasriesen Gazprom sollte jüngst eigentlich in Betrieb gehen, die Widerstände aus dem Westen bleiben jedoch hoch. Nicht verwunderlich, dass Russland in so einer Phase die Preise hoch halten will. Mit einer Freigabe von Nord Stream 2 und einer politischen Entspannung dürfte sich auch der Gasmarkt in der mittleren Frist normalisieren.

Eine regelrechte Achterbahnfahrt gab es heuer auch an den Kohlemärkten. China hat nach einem Streit mit Australien einen Importstop für Kohle verhängt. Der gesteigerte Energiehunger Chinas kombiniert mit einem begrenzten Kohleangebot hat zu einer Vervielfachung des Preises geführt. Im Oktober kündigt die chinesische Regierung schließlich eine Preisobergrenze für Kohle an, was den Preis um 50 Prozent einbrechen ließ.

Implikationen für die Veranlagung

Die gestiegenen Rohstoffpreise machen aktuell vielen Industriebetrieben zu schaffen. Mittelfristig dürfte sich die angespannte Situation jedoch beruhigen. Ob das bereits im 1. Halbjahr 2022 der Fall sein wird, bleibt abzuwarten. Die jüngsten Ereignisse rund um die neue Virusvariante „Omikron“ haben durchaus Potential, eine Normalisierung der Lieferketten und Rohstoffpreise weiter zu verzögern. Eine kurzfristige Prognose bleibt schwierig, auch wenn relativ sicher scheint, dass die Wirtschaft nicht nur heuer, sondern auch im Jahr 2022 deutlich über dem Potenzial wachsen wird. Das sind gute Nachrichten, und man sollte sich vor Augen führen, dass die Weltwirtschaft und die Industrie in dieser Krise bemerkenswert robust sind.

Langfristig gehen wir jedenfalls von einer Normalisierung der Rohstoffpreise aus, womit sich die Planbarkeit wieder verbessern sollte.

Investmentseitig bleiben wir bei unserer Vorhersage, dass Sachwerte Geldwerten in den nächsten Jahren überlegen sein werden. Die Wirtschaft läuft rund und die hohen Inflationsraten helfen aktuell den Staaten dabei, sich zu entschulden.

Ich darf mich an dieser Stelle bei Ihnen allen für Ihr Vertrauen bedanken und wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familie. Verbunden mit der Hoffnung, dass bald wieder etwas mehr Normalität in unser aller Leben zurückkehrt.

Auf gute Investments

Ihr MMag. Georg Frischmann, CFA
Leiter Private Banking

China – Energiekrise, Immobilienkrise – ein Ausblick.

Durch staatliche Eingriffe in die private Wirtschaft trägt die Regierung der Volksrepublik (VR) China zu Volatilität an den Kapitalmärkten bei. Im Vergleich zu vorherigen Initiativen ist die aktuelle Welle an Regulierungen breiter und tiefer – illustriert u. a. durch das Verbot des geplanten Börsengangs von Ant Financial, einer Tochter von Alibaba, oder den Auftrag an Didi Global Inc., weniger als ein halbes Jahr nach Börsengang, ein De-Listing von der Börse in New York umzusetzen. Investoren in der VR China müssen stets bedenken, dass die Aussichten für einzelne Branchen bzw. Segmente – wie bereits in der Vergangenheit – auch in der Zukunft stark von der Politik der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) abhängen.

Gut zu erkennen ist das ebenfalls in der aktuellen Krise im Segment Immobilien. Das Wachstum der Wirtschaft der VR China stützt sich zu einem großen Teil auf das Wachstum im Segment Immobilien. Probleme in diesem Sektor bereiten Investoren große Sorgen, u. a. im Zusammenhang mit China Evergrande und Kaisa Group Holdings. Da diese Immobilienentwickler nicht in der Lage sind, ihren grundlegenden finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, warnen Analysten vor Spillover-Effekten. Das Management dieser Probleme durch die Regierung der VR China und die Unternehmen findet oftmals hinter einem Schleier der Geheimhaltung statt.

Die Regierung versucht, Vertrauen zu schaffen und Investoren zu beruhigen: Man bezeichnet die Risiken von China Evergrande als beherrschbar und verpflichtet sich, Kapitalkontrollen für den Geldverkehr ins und aus dem Land zu lockern. Die Regierung betont allerdings, dass es keine vom Staat ausgehenden Maßnahmen gibt, um China Evergrande zu retten – Teil einer umfassenden Strategie zur Bereinigung des Schuldenproblems im Segment Immobilien, welche drei „rote Linien“ beinhaltet: Erstens soll das Verhältnis von Verbindlichkeiten und Vermögenswerten unter 70 % liegen, zweitens soll der Grad der Nettoverschuldung unter 100 % liegen, und drittens soll das Verhältnis von liquiden Mitteln zu kurzfristigen Verbindlichkeiten größer als der Faktor 1 sein.

China Evergrande erfüllt keine dieser Vorgaben. Die staatlichen Behörden der VR China haben allerdings eine Geschichte der stillen Rettung von Unternehmensgiganten des Landes, wie zum Beispiel im Fall von HNA. China Evergrande hat bei Investoren, Kunden und Lieferanten Schulden von insgesamt mehr als 300 Milliarden US-Dollar (USD). Analysten und Investoren befürchten seit Wochen, dass die Schuldenprobleme des Konzerns China Evergrande und anderen chinesischen Im-

mobilienentwicklern das Finanzsystem in der VR China ins Wanken bringen. Sogar die amerikanische Notenbank warnt vor der Möglichkeit, dass vom Finanzsystem der VR China auch Risiken für das Finanzsystem der Vereinigten Staaten von Amerika ausgehen.

Die schlechten Nachrichten aus der VR China verfehlen ihre Wirkung nicht: Seit Beginn des Jahres bis Ende November 2021 verlor der MSCI China Index (Bloomberg-Ticker: MXCB Index) rund 15 % an Wert. Analysten gehen davon aus, dass der Abwärtstrend bald vorbei ist, und sich die Beziehungen zwischen der VR China und den Vereinigten Staaten von Amerika wieder verbessern. Mitte November hielt US-Präsident Joseph Biden und Partei- und Staatschef Xi Jinping ein virtuelles Gipfeltreffen ab. Es war der erste Versuch von beiden Seiten, konstruktiv mit ihren Differenzen umzugehen, um zu verhindern, dass die „chinesisch-amerikanischen Beziehungen vom Kurs abkommen und außer Kontrolle geraten“ bzw., dass der Wettbewerb zwischen den beiden Ländern „nicht in einen Konflikt ausartet – ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt“.

Neben Zusammenarbeit beim Thema Klimaschutz sprach US-Präsident Biden ebenfalls kritische Themen, wie die Lage der Menschenrechte in der VR China und den Status Quo Taiwans, offen an. Die Zusammenarbeit beim Thema Klimaschutz ist allerdings der kleinste gemeinsame Nenner. Während sich die VR China einerseits ausdrücklich dem Klimaschutz verpflichtet und massiv in den Ausbau von erneuerbaren Energien investiert, sorgt die VR China andererseits beim Weltklimagipfel in Glasgow gemeinsam mit Indien im letzten Moment für eine Abschwächung des Abschlussdokuments hinsichtlich der Formulierungen im Bezug auf Kohle.

Die VR China bezieht nach wie vor über 60 % des Stromverbrauchs aus Kohle. In den vergangenen Wochen stellte man in der VR China immer wieder den Strom ab, weil Kraftwerke in rund 20 von 33 Landesteilen nicht genügend Elektrizität liefern konnten. Aufgrund dieser Tatsache beschloss die Regierung der VR China landesweit Kohle-Minen auszubauen, mehr Kohle zu fördern und die Kapazitäten der Kohle-Kraftwerke hochzufahren. Vor dem Hintergrund, dass der Strombedarf in der VR China deutlich stieg, erreichte die Produktion von Kohle im November den höchsten Wert seit sechs Jahren mit ca. 12 Millionen Tonnen pro Tag. Nachdem die Regierung der VR China einen Boykott gegen Kohle aus Australien verhängte, explodierten die Preise für Kohle im Oktober 2021, bevor sie im November um ca. 60 % einbrachen. Aufgrund dessen sanken auch die Preise für Aluminium, Glas und Stahl.

Steigende Preise für Energie sind nicht nur in der VR China, sondern auch in der Europäischen Union (EU) einer der Treiber der Inflation. Obwohl das Thema Inflation die Schlagzeilen beherrscht, entschied die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrer Sitzung vom 28. Oktober 2021, ihren Kurs der expansiven Geldpolitik beizubehalten. Die Leitzinsen bleiben unverändert (Hauptrefinanzierungsgeschäfte 0 %, Marginale Kreditfazilität 0,25 % und Einlagefazilität -0,50 %). Das Asset Purchase Program (APP) und das Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) laufen bis mindestens Ende März 2022 weiter. Analysten rechnen allerdings damit, dass die EZB plant, das PEPP langsam auslaufen zu lassen und gleichzeitig das APP aufzustoßen – sowohl in Bezug auf die Verteilung als auch auf das Volumen der monatlich zu kaufenden Positionen.

Im Vergleich zu anderen großen Notenbanken ist die EZB eher zurückhaltend: Die amerikanische Notenbank plant noch in diesem Jahr eine Reduktion der Anleihekäufe, die kanadische Notenbank kündigt an, die Anleihekäufe einzustellen und zieht für das nächste Jahr eine Erhöhung der Leitzinsen in Erwägung, und die neuseeländische Notenbank erhöhte im November bereits zum zweiten Mal die Leitzinsen. Im November 2021 lag die Inflation im Euro-Währungsgebiet – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – bei 4,9 % und die Kern-Inflation bei 2,6 %.

Vor diesem Hintergrund werden Forderungen nach einem Ende der ultra-expansiven Geldpolitik laut. Die Forderungen basieren vor allem auf zwei Argumenten. Einerseits löst der hohe Anteil von europäischen Staatsanleihen, die von der EZB gehalten werden, Sorgen vor einer monetären Staatsfinanzierung aus, andererseits steht das Ziel der EZB – Inflation in Höhe von 2 % des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in der mittleren Frist – im Kontrast zur aktuell zu be-

obachtenden Inflation. Die EZB argumentiert, dass der Anstieg der Inflation nur von vorübergehender Natur ist. Es lässt sich nicht bestreiten, dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie aktuell die Inflation deutlich beeinflussen.

Bei den Preisen für Energie ließ der außergewöhnlich niedrige Preis für Öl im vergangenen Jahr den Anstieg des Preises im aktuellen Jahr besonders hoch aussehen. Bei den Steuern – die deutsche Bundesregierung setzte von Juli bis Dezember 2020 die Mehrwertsteuer aufgrund der COVID-19-Pandemie herab – vergleicht man Preise mit höherer Steuer aus dem aktuellen Jahr mit Preisen mit niedrigerer Steuer aus dem vergangenen Jahr. Zwar rechnen die Analysten der EZB damit, dass die Inflation in diesem Jahr noch weiter steigt, allerdings im Jahr 2022 auf 1,7 % und im Jahr 2023 auf 1,5 % sinkt. Beim European Banking Congress sagte EZB-Präsidentin Lagarde: „Wir dürfen uns angesichts von vorübergehenden und angebotsbedingten Inflationsschocks nicht zu einer frühzeitigen Straffung der Geldpolitik verleiten lassen“. Sie verwies darauf, dass sich geldpolitische Maßnahmen erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Wirtschaft auswirken und es nicht sinnvoll sei, auf einen temporären Anstieg der Inflation mit restriktiver Geldpolitik zu reagieren.

Angesichts der noch nie dagewesenen Situation aufgrund der COVID-19-Pandemie ist es schwer zu prognostizieren, wie nachhaltig die aktuellen Treiber der Inflation sind, und ob aus einer temporär hohen Inflation eine dauerhaft hohe Inflation wird. Den sogenannten „Aufwärtsrisiken“ schenkt die EZB in letzter Zeit jedenfalls mehr Aufmerksamkeit, denn es besteht die Gefahr und die Herausforderung, dass die Inflation mittelfristig nicht wie bisher prognostiziert unter das Ziel in Höhe von 2 % des HVPI sinkt. Weitergehende Entscheidungen sollen in der Sitzung der EZB am 16. Dezember 2021 fallen. Es bleibt also spannend.

Entwicklung des Preises für Rohöl



Stahl – Droht nach rekordhohen Notierungen eine Preisabschwächung?

2020 war für den Stahlpreis ein turbulentes Jahr, maßgeblich geprägt von der sich rasant ausbreitenden Corona-Pandemie: Im ersten Halbjahr sank der Stahlpreis drastisch aufgrund der verringerten Nachfrage, die auch mit Produktionskürzungen einherging. In der zweiten Jahreshälfte 2020 stabilisierte sich die Marktlage und die Stahlpreise stiegen wieder an, da sich die Nachfrage erhöhte und die Angebotsseite aufgrund diverser Probleme stagnierte. Auch 2021 ist weiterhin von der Pandemie geprägt, allerdings haben der globale konjunkturelle Aufschwung und damit einhergehende Lieferengpässe die Stahlpreise bis zur Jahresmitte in rekordverdächtige Höhen steigen lassen.

Viele Industriezweige weltweit sind in hohem Maß auf Stahl angewiesen. Das zeigt eindrucksvoll der jährliche Stahlverbrauch der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2020 wurden in Deutschland nach Angaben der World Steel Association 31,1 Millionen Tonnen Stahl verbraucht, 2017 waren es sogar 41 Millionen Tonnen. Damit ist Deutschland der größte Stahlverbraucher innerhalb der EU. Laut Expertenstudien gelten 55 Prozent des produzierenden Gewerbes in Deutschland als „stahlintensiv“. Dazu gehören unter anderem die für Deutschland wichtige und einflussreiche Automobilproduktion mit 13 Prozent Stahlanteil an Vorleistungen und der Maschinenbau mit 21 Prozent.

Nachfrageentwicklung nach Stahlprodukten flacht sich im vierten Quartal 2021 ab

Seit Anfang September 2021 zeigen die Stahlpreise nach Höchstständen im Sommer einen leichten Abwärtstrend. Angesichts des rekordhohen Preisniveaus werden die bisherigen Rückgänge für diverse Stahlprodukte allerdings als moderat eingestuft. Hohe Auftragsbestände und lange Lieferzeiten von Stahlwerken haben einen stärkeren Preisverfall bisher verhindert. Allerdings muss die Nachfragesituation aufgrund einiger Faktoren (Mangel an Halbleitern, Revision der BIP-Prognosen von entwickelten Ländern, zunehmendes Infektionsgeschehen durch COVID-19-Virus) im Laufe des vierten Quartals 2021 neu bewertet werden.

Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamts in Deutschland lag der für die Stahlindustrie repräsentative Index für Auftragseingänge bis zur Jahresmitte 2021 deutlich über dem Index für die Stahlproduktion, was auf einen markanten Nachfrageüberhang schließen lässt und die teilweise rekordverdächtige Preissteigerung erklärt. Seit der Jahresmitte hat sich die Situation allerdings umgekehrt: Die Erzeugung von

verschiedenen Stahlprodukten (Angebotsseite) lag geringfügig über den Bestellungen (Nachfrageseite). Grund dafür ist nicht eine höhere Produktion, sondern eine schwächere Nachfrage. Die Auftragseingänge der deutschen Stahlindustrie haben nach einem erfreulichen Jahresauftakt deutlich nachgelassen. Auf Jahressicht wurde das Auftragsvolumen per August 2021 um rund 20 % verringert.

Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind insbesondere die jüngsten Produktionskürzungen der Automobilmanufakturen. In dieser Branche zeigt es sich immer deutlicher, dass die für das zweite Halbjahr 2021 prognostizierten Produktionszahlen nicht realisiert werden können. Wichtigste Ursache dafür, ist der anhaltende Mangel an Halbleitern, der bei PKW- und Nutzfahrzeugherstellern zu starken Einschränkungen bis hin zum völligen Stillstand von Montagelinien in der Produktion führt.

Stahlhandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union

Die USA und die Europäische Union (EU) haben sich Ende Oktober 2021 auf ein (quotenbasiertes) Stahlhandelsabkommen geeinigt. Die Neuregelung löst ab Jänner 2022 die seit 2018 für Stahlimporte aus der EU in die USA geltenden „Section 232“-Maßnahmen ab. Für die europäische Stahlindustrie ergeben sich zweifelsohne Verbesserungen, allerdings sollten sich zu hohe Erwartungen an eine deutliche Exportsteigerung, die zu einer neuerlichen Angebotsverknappung am europäischen Markt führen könnte, nicht erfüllen. Grund dafür sind nicht nur die Detailregelungen des Abkommens, sondern bereits erreichte Exportmengen in die nordamerikanische Region.

Seit 2018 galt für EU-Stahlimporte in die USA ab der ersten Tonne ein Importzoll in Höhe von 25 %, von dem US-Importeure allerdings im Rahmen einer zu beantragenden Ausnahmegenehmigung („Section 232“-Klausel) befreit werden konnten. Ab Jänner 2022 tritt stattdessen eine quotenbasierte Vereinbarung in Kraft, nach der insgesamt 3,5 Mio. Tonnen pro Jahr zollfrei geliefert werden können. Sobald diese Menge erreicht bzw. überschritten wird, ist wiederum ein Zoll von 25 % zu entrichten. Das zollfreie Exportvolumen wurde aus den durchschnittlichen Liefermengen der Jahre 2015 bis 2017 ermittelt.

Stahlpreis: Ausblick 2022

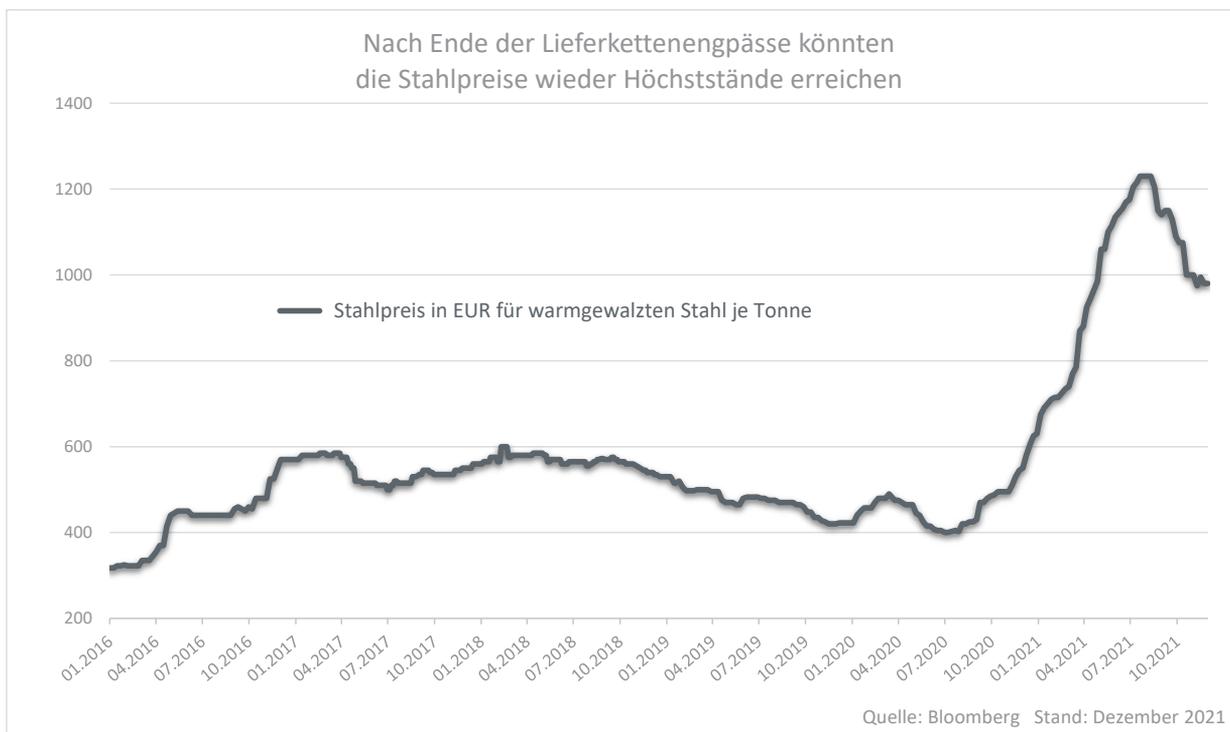
Bei Stahlprodukten, die in der Bau- und Infrastrukturbranche benötigt werden wie Walzdraht und Betonstahl, sollte auch 2022 die



Nachfrage hoch bleiben. Großzügige direkte und indirekte staatliche Konjunkturlösungen für das Baugewerbe zeigen ihre Wirkung und schlagen sich in einer gesteigerten Bauproduktion nieder.

Als eine weitere Branche ist die Automobilindustrie in einem hohen Ausmaß auf Stahl („Warmbreitwand“) angewiesen. Durch Lieferengpässe von Halbleitern („Chipmangel“) stehen die Fertigungsbänder von zahlreichen Automobilproduzenten seit Mitte 2021 zeitweise still, und es werden geringere Stahlmengen

abgerufen. Sofern die Lieferkettenprobleme überwunden werden, womit Experten spätestens bis Sommer 2022 rechnen, sollte die Stahlnachfrage auch in diesem Sektor wieder kräftig ansteigen und Notierungen von Stahl nahe den Höchstständen von August 2021 wieder möglich sein.



Steigende Renditen in Europa und den USA. Sind höhere Zinsen in absehbarer Zeit möglich?

Insbesondere in den USA, aber auch in Europa, lief der Konjunkturmotor zuletzt auf vollen Touren. So ist beispielsweise das deutsche Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal noch einmal kräftig um 1,8 % gestiegen. Seit dem Sommer sorgte der von den Lockerungen der Corona-bedingten-Restriktionen ausgelöste Nachfrageschub in Teilen der Wirtschaft zu vermehrten Lieferengpässen und Preiserhöhungen. Im November erreichte die jährliche Veränderung der Verbraucherpreise im Euroraum mit 4,9 % einen neuen vorläufigen Höchststand. In den USA ist der Inflationsdruck noch größer. Zwar trübten sich in den letzten Wochen die Aussichten für das laufende vierte Quartal 2021 – angesichts des raschen Anstiegs von positiv an Corona Getesteten, Lockdowns, Lieferengpässen und der hohen Energiepreise – deutlich ein, trotzdem bleibt die wichtige Frage, inwieweit für 2022 mit höheren Zinsen zu rechnen ist.

Fakt ist, dass der globale Schuldenstand vieler Staaten wegen der Corona-Krise auf neue Rekorde geklettert ist. Ein eingetrübter Konjunkturausblick spricht ebenfalls nicht unbedingt für deutlich steigende Zinsen. Allerdings gibt es regionale Unterschiede. Ein Blick in die USA zeigt uns, dass die Federal Reserve die Zinswende bereits eingeläutet hat, indem sie kürzlich eine Reduktion ihres Anleihekaufprogramms ab Mitte November ankündigte. Bei einer Anhörung vor dem Bankenausschuss des US-Senats hat Notenbankchef Jerome Powell betont, dass es an der Zeit wäre, das Wort „vorübergehend“ nicht mehr für die Beschreibung der Inflation zu verwenden. Die Gefahr einer anhaltend hohen Inflation sei inzwischen größer geworden. Demzufolge preist der Markt nun mehr als zwei Zinserhöhungen der Federal Reserve bis zum Ende des Jahres 2022 ein.

Im Euroraum gab sich die Europäische Zentralbank angesichts der steigenden Inflationsdaten zuletzt auch nachdenklicher. Aber sie hielt an ihrer bisherigen Prognose fest, dass die Inflation mittelfristig wieder unter und nicht über 2 % liegen wird. Tatsächlich wird die Inflation hierzulande von Sondereffekten, wie etwa einer vorübergehenden Senkung der Mehrwertsteuer in Deutschland, getrieben. Zudem ist der Aufwärtsdruck auf die Löhne im Euroraum nicht so stark wie in Übersee.

Das wesentlichste Argument gegen deutlich anziehende Zinsen ist aber die prekäre Verschuldungssituation einzelner Staaten. In Griechenland beträgt der Schuldenstand inzwischen mehr als 200 % der jährlichen Wirtschaftsleistung und auch Italien liegt nicht mehr weit unter dieser extrem hohen Marke. Damit lässt sich davon ausgehen, dass ein deutlicher Zins- bzw. Renditeanstieg im Euroraum unwahrscheinlich ist, da er für einige hochverschuldete Länder existenzbedrohend wäre.

Insbesondere bei einer Entschärfung des inflationären Drucks dürften größere Zinsanstiege in weiter Ferne liegen. Sollte sich jedoch auch auf längere Frist ein höheres Inflationsniveau herauskristallisieren, so wird sich dies vor allem in Form von höheren Kapitalmarktrenditen niederschlagen. Die Zinssätze am Geldmarkt dürften selbst unter dieser Annahme noch längere Zeit niedrig bzw. negativ bleiben. Für die Kurse bei Anleihen (insbesondere mit längeren Laufzeiten) muss daher im Jahr 2022 mit höheren Kursschwankungen und auch zwischenzeitlichen Kursrückschlägen gerechnet werden.



Die Entwicklung der Unternehmensgewinne in Zeiten der Corona-Pandemie.

Ein kurzer Blick auf die Aktienmärkte zeigt: Die Corona-Pandemie konnte sich zumindest an den Börsen nicht lange halten. In weniger als einem Jahr konnten sich Anlegerinnen und Anleger bereits über neue Höchststände an den Aktienmärkten freuen. Sind diese neuen Höhenflüge gerechtfertigt oder vielleicht doch nur auf Sand gebaut? Eine kurze Analyse.

„Cash is king“ ist eine bekannte Phrase im Anlagegeschäft. Umgelegt auf die Analyse von börsengehandelten Unternehmen bedeutet dies, dass sich der Unternehmenswert vor allem an der Eigenschaft bemisst, inwieweit positive Cashflows erzielt werden. Kurz gesagt: ein Unternehmen das gut wirtschaftet und daher viel Cash generiert, sollte auch zu einem höheren Preis an den Börsen gehandelt werden als vergleichbare Gesellschaften, welche geringere Erträge vorweisen. Aufgrund dieser Denkweise warten Analysten auch immer gespannt auf die Bekanntgabe der Quartalsergebnisse, welche in der sogenannten „Earnings Season“ von allen börsennotierten Unternehmen präsentiert werden. Sie stellen gleichsam einen „Realitätscheck“ dar. Analysten versuchen, die Gewinnentwicklung immer genau zu prognostizieren und auf Basis dieser Vorhersagen auch den „fairen“ Preis einer Aktie zu berechnen. „Fair“ bedeutet in diesem Fall nichts anderes als: gerechtfertigt aufgrund der Ertragslage des Unternehmens.

Nachdem nun bereits einige Quartale seit dem Beginn der COVID-19-Pandemie verstrichen sind und damit auch wiederholt Quartalszahlen präsentiert wurden, erscheint es sinnvoll, eine kurze Zwischenbilanz zu ziehen, um der Frage nachzugehen, ob die starken Preisanstiege, die wir an den Börsen seither gesehen haben, auch wirklich gerechtfertigt sind.

Beginnen wir zunächst mit dem Markt, der die größten Zuwächse verzeichnen konnte, nämlich dem US-Aktienmarkt. In den letzten zwei Quartalen ergab sich hier folgendes Bild (alle Angaben beziehen sich hierbei auf einen Durchschnittswert über alle Branchen hinweg):

- Q2: Anstieg der Umsätze → + 25 %;
Anstieg der Erträge (Gewinne) → + 92 %;
Anteil an Unternehmen, welche positiv überraschen konnten → über 86 %
- Q3: Anstieg der Umsätze → + 18 %;
Anstieg der Erträge (Gewinne) → + 41 %;
Anteil an Unternehmen, welche positiv überraschen konnten → über 81 %

Bei einem kurzen Blick auf die vorliegenden Zahlen können wir festhalten, dass ein Großteil der Unternehmen (über 80 % im Schnitt) in den letzten beiden Quartalen, trotz der bereits sehr hohen Erwartungen, positiv überraschen konnten. Dies stellt auch einen der Hauptgründe für die sehr gute Aktienperformance

dieses Jahr dar. Zumindest in der kurzen Frist können wir hier also keinen unbegründeten Optimismus von Seiten der Aktienanalysten feststellen.

Werfen wir (zum Vergleich) auch noch einen Blick auf die europäischen Aktienmärkte. In den letzten zwei Quartalen ergab sich hier folgendes Bild (alle Angaben beziehen sich erneut auf den Durchschnittswert über alle Branchen hinweg):

- Q2: Anstieg der Umsätze → + 28 %;
Anstieg der Erträge (Gewinne) → + 226 %;
Anteil an Unternehmen, welche positiv überraschen konnten → über 77 %
- Q3: Anstieg der Umsätze → + 16 %;
Anstieg der Erträge (Gewinne) → +63 %;
Anteil an Unternehmen, welche positiv überraschen konnten → über 68 %

Auch in Europa zeichnet sich demnach ein ähnliches Bild ab. Die Zahlen zeigen jedoch auch, dass sich die Wachstumsdynamik in beiden Regionen stark abgeflacht hat. Der Effekt scheint in Europa auch stärker ausgeprägt als in den USA. Eine Begründung dafür ist beispielsweise der stärkere Export von Industriegütern in Europa, welcher von den aktuellen Lieferengpässen auch in stärkerem Ausmaß betroffen ist. Die sehr IT-lastigen US-Indices leiden zwar ebenfalls unter den aktuellen Bedingungen (Stichwort Chipmangel), aber in einem verhältnismäßig geringeren Ausmaß.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die bisherige Rally an den Aktienmärkten wohl nicht auf Sand gebaut ist. Die harten Fakten sprechen eindeutig dafür, dass sich die Erträge der meisten Unternehmen trotz der Corona-Pandemie gut entwickeln konnten. Inwieweit sich dieser Trend fortsetzt oder aber zum Erliegen kommen wird, bleibt hingegen abzuwarten. Es stehen uns also spannende Monate bevor.



Bisher können sich die Unternehmensergebnisse noch sehen lassen. Die Zukunft ist jedoch ungewiss.

Aktien Europa/USA

Stand Dezember 2021

Bezeichnung	ISIN	WHG	Div.R.	KGV	ind. Kurs	Veränd. 1 YR	Veränd. 3 YR	Veränd. 5 YR
Energie								
Neste Oyj	FI0009013296	EUR	1,89	29,3	42,61	-27,4 %	23,3 %	29,9 %
SBM Offshore NV	NL0000360618	EUR	6,28	20,8	12,81	-17,7 %	3,6 %	1,5 %
Konsum, nicht zyklisch								
Coca-Cola Co	US1912161007	USD	3,05	24,0	54,91	5,2 %	7,0 %	9,8 %
L'Oreal SA	FR0000120321	EUR	1,09	47,7	415,45	35,0 %	28,0 %	22,4 %
Procter & Gamble Co/The	US7427181091	USD	2,29	25,7	152,15	13,5 %	20,6 %	16,2 %
Tate & Lyle PLC	GB0008754136	GBp	37,41	15,3	650,40	2,8 %	2,4 %	3,8 %
Tyson Foods Inc	US9024941034	USD	2,27	11,4	83,48	21,9 %	15,6 %	10,0 %
Konsum, zyklisch								
Amazon.com Inc	US0231351067	USD	0,00	59,0	3427,37	8,4 %	26,3 %	35,0 %
Chipotle Mexican Grill Inc	US1696561059	USD	0,00	64,4	1623,46	21,6 %	51,1 %	34,7 %
eBay Inc	US2786421030	USD	1,08	16,7	66,07	31,1 %	32,6 %	19,5 %
Games Workshop Group PLC	GB0003718474	GBp	2,38	25,1	9600,00	-1,6 %	51,1 %	80,3 %
Gap Inc	US3647601083	USD	3,70	11,5	17,34	-17,9 %	-12,1 %	-4,5 %
General Motors Co	US37045V1008	USD	0,07	9,0	59,84	34,8 %	20,9 %	14,3 %
JD Sports Fashion PLC	GB00BM8Q5M07	GBp	0,35	21,5	226,00	34,4 %	44,4 %	27,7 %
Netflix Inc	US64110L1061	USD	0,00	54,4	612,69	23,0 %	29,4 %	37,5 %
Österreichische Post AG	AT0000APOST4	EUR	5,12	15,7	37,95	31,9 %	12,2 %	9,5 %
Pandora A/S	DK0060252690	DKK	1,69	20,5	888,20	44,2 %	41,8 %	4,9 %
Stellantis NV	NL00150001Q9	EUR	6,33	4,8	16,54	48,6 %	19,0 %	24,9 %
Tapestry Inc	US8760301072	USD	2,51	12,1	42,36	46,1 %	6,7 %	5,3 %
Finanzdienstleistungen								
Adyen NV	NL0012969182	EUR	0,00	164,1	2445,00	40,7 %	74,5 %	n.v.
Erste Group Bank AG	AT0000652011	EUR	5,12	9,8	39,42	61,6 %	8,8 %	10,2 %
ING Groep NV	NL0011821202	EUR	6,51	10,1	12,64	56,7 %	11,6 %	2,7 %
Invesco Ltd	BMG491BT1088	USD	2,95	7,7	22,77	31,4 %	12,1 %	-2,2 %
MetLife Inc	US59156R1086	USD	3,18	7,0	59,67	27,0 %	17,6 %	7,6 %
MSCI Inc	US55354G1004	USD	0,55	62,9	608,15	45,2 %	60,0 %	51,7 %
Regions Financial Corp	US7591EP1005	USD	2,90	8,8	22,44	43,0 %	18,0 %	13,2 %
S&P Global Inc	US78409V1044	USD	0,67	33,5	456,53	35,6 %	39,2 %	33,3 %
SVB Financial Group	US78486Q1013	USD	0,00	21,4	693,39	93,5 %	46,8 %	32,9 %
Synchrony Financial	US87165B1035	USD	1,91	6,4	46,34	43,4 %	26,0 %	8,0 %
UNIQA Insurance Group AG	AT0000821103	EUR	6,24	9,1	7,77	24,8 %	2,4 %	7,6 %
Gesundheitswesen								
Genmab A/S	DK0010272202	DKK	0,00	60,1	2492,00	3,5 %	34,1 %	16,0 %
GlaxoSmithKline PLC	GB0009252882	GBp	5,13	14,2	1559,80	18,8 %	8,7 %	6,8 %
Laboratory Corp of America Hol	US50540R4092	USD	0,00	10,8	289,26	45,5 %	26,3 %	18,2 %
Novo Nordisk A/S	DK0060534915	DKK	1,44	34,3	709,30	74,0 %	36,6 %	27,2 %
Regeneron Pharmaceuticals Inc	US75886F1075	USD	0,00	9,1	625,00	26,9 %	17,9 %	11,1 %
Roche Holding AG	CH0012032048	CHF	2,55	18,0	366,55	25,2 %	17,6 %	14,0 %
Sartorius Stedim Biotech	FR0013154002	EUR	0,31	65,8	470,80	57,8 %	73,2 %	50,8 %
Straumann Holding AG	CH0012280076	CHF	0,38	75,3	2014,00	87,1 %	47,4 %	40,3 %
Thermo Fisher Scientific Inc	US8835561023	USD	0,16	26,5	622,25	31,4 %	37,3 %	34,4 %

Aktien Europa/USA

Bezeichnung	ISIN	WHG	Div.R.	KGV	ind. Kurs	Veränd. 1 YR	Veränd. 3 YR	Veränd. 5 YR
Industriewerte								
Cie de Saint-Gobain	FR0000125007	EUR	2,85	11,9	59,74	50,6 %	28,1 %	9,9 %
Deutsche Post AG	DE0005552004	EUR	3,33	13,2	53,24	34,4 %	29,3 %	15,6 %
Eiffage SA	FR0000130452	EUR	3,33	11,7	86,50	4,7 %	5,6 %	8,6 %
Lifco AB	SE0015949201	SEK	0,61	43,6	247,00	75,1 %	55,4 %	41,0 %
Randstad NV	NL0000379121	EUR	4,90	14,6	59,06	16,3 %	19,1 %	8,1 %
Rockwell Automation Inc	US7739031091	USD	1,31	32,0	344,92	41,2 %	29,7 %	22,7 %
Siemens AG	DE0007236101	EUR	2,70	18,1	150,80	35,2 %	23,1 %	12,1 %
Southwest Airlines Co	US8447411088	USD	0,00	n.v.	45,56	-4,3 %	-4,7 %	-0,2 %
Valmet Oyj	FI4000074984	EUR	2,85	18,0	36,95	72,3 %	27,2 %	24,4 %
Vestas Wind Systems A/S	DK0061539921	DKK	0,52	59,9	207,10	-15,8 %	28,8 %	20,7 %
Nachrichtenwesen								
AT&T Inc	US00206R1023	USD	8,96	6,9	23,28	-15,3 %	-2,4 %	-4,3 %
Swisscom AG	CH0008742519	CHF	4,32	15,9	509,60	12,0 %	7,3 %	7,9 %
Take-Two Interactive Software	US8740541094	USD	n.v.	34,2	164,40	-9,0 %	15,7 %	27,9 %
T-Mobile US Inc	US8725901040	USD	0,00	50,1	115,63	-12,3 %	19,8 %	15,6 %
Rohstoffe								
Boliden AB	SE0015811559	SEK	5,29	10,5	325,00	12,9 %	24,1 %	9,5 %
Celanese Corp	US1508701034	USD	1,72	8,6	158,16	21,4 %	21,3 %	16,8 %
UPM-Kymmene Oyj	FI0009005987	EUR	3,91	15,9	33,28	19,6 %	15,7 %	13,6 %
Technologiewerte								
Accenture PLC	IE00B4BNMY34	USD	1,07	35,8	362,23	44,7 %	33,3 %	27,0 %
Activision Blizzard Inc	US00507V1098	USD	0,81	15,3	58,09	-27,8 %	7,1 %	10,3 %
Adobe Inc	US00724F1012	USD	0,00	49,9	622,04	28,0 %	35,4 %	43,7 %
Alphabet Inc	US02079K3059	USD	0,00	24,6	2863,10	57,0 %	38,4 %	29,8 %
Apple Inc	US0378331005	USD	0,56	28,9	165,32	36,1 %	57,3 %	44,9 %
ASM International NV	NL0000334118	EUR	0,67	37,8	377,70	132,9 %	121,1 %	61,1 %
F5 Networks Inc	US3156161024	USD	0,00	19,2	224,59	35,2 %	9,5 %	9,8 %
Intuit Inc	US4612021034	USD	0,42	55,4	645,34	76,0 %	46,0 %	42,4 %
Lam Research Corp	US5128071082	USD	0,86	19,4	667,56	34,8 %	68,4 %	47,7 %
Logitech International SA	CH0025751329	CHF	1,24	18,9	73,84	-5,6 %	31,9 %	25,8 %
Microsoft Corp	US5949181045	USD	0,73	35,0	326,19	53,4 %	45,6 %	42,4 %
NetApp Inc	US64110D1046	USD	2,27	17,5	88,20	50,8 %	12,3 %	22,8 %
NVIDIA Corp	US67066G1040	USD	0,06	69,2	300,37	121,7 %	96,8 %	67,1 %
PayPal Holdings Inc	US70450Y1038	USD	n.v.	40,1	184,86	-15,1 %	29,1 %	36,5 %
Zebra Technologies Corp	US9892071054	USD	n.v.	31,9	584,22	54,4 %	50,1 %	48,2 %
Versorger								
AES Corp	US00130H1059	USD	2,52	16,0	24,36	18,4 %	19,9 %	20,7 %
National Grid PLC	GB00BDR05C01	GBp	4,94	16,9	1020,80	26,5 %	13,7 %	8,0 %
Verbund AG	AT0000746409	EUR	1,15	42,4	94,75	62,1 %	38,7 %	49,8 %

Bezeichnung: Sektor / Name der Aktie; ISIN: Internationale Wertpapierkennnummer; Whg: Währung; Div.R.: Dividendenrendite; ind. Kurs: indikativer Kurs; Veränd. 1 YR: Veränderung der Aktie innerhalb eines Jahres; Veränd. 3 YR: Veränderung der Aktie innerhalb von drei Jahren annualisiert; Veränd. 5 YR: Veränderung der Aktie innerhalb von fünf Jahren annualisiert; Quelle: Bloomberg

Das Hypo-Aktienrating-Modell:

Das von Anlageexperten der Hypo Tirol Bank entwickelte Modell beobachtet und bewertet ca. 1100 renommierte Aktien aus Europa und den USA. Diese Titel sind alle in den großen Aktienindizes enthalten und erfüllen somit schon die grundlegenden Voraussetzungen (hinsichtlich Marktkapitalisierung, Handelbarkeit, Offenlegungspflichten u. dgl.), um in die Liste aufgenommen zu werden. Das Bewertungsmodell basiert auf einem sog. „Value“-Ansatz, d. h. es wird versucht, Unternehmen zu eruieren, welche im Vergleich zu ihrer direkten Konkurrenz unterbewertet erscheinen. Als Bewertungskriterium wird hierfür das Kurs-Gewinn-Verhältnis (kurz KGV) genutzt, welches in weiterer Folge mit den künftigen Ertragsaussichten des Unternehmens kombiniert wird, um attraktive Investments zu finden. Zusätzlich bewerten unsere Anlageexperten auch die aktuelle Attraktivität der jeweiligen Branche eines Unternehmens und inkludieren diese Einschätzung in die Gesamtattraktivität eines Aktientitels. Auf dieser Seite werden die – zum Erstellungszeitpunkt dieser Publikation – besten Aktien des jeweiligen Sektors angezeigt.

Bezeichnung:

Sektor/Name der Aktie; ISIN: Internationale Wertpapierkennnummer; Whg: Währung; Div.R.: Dividendenrendite; ind. Kurs: indikativer Kurs; Veränd. 1 YR: Veränderung der Aktie innerhalb eines Jahres; Veränd. 3 YR: Veränderung der Aktie innerhalb von drei Jahren annualisiert; Veränd. 5 YR: Veränderung der Aktie innerhalb von fünf Jahren annualisiert; Quelle: Bloomberg

Nachhaltige Investitionen. Vorübergehende Erscheinung oder Paradigmenwechsel?

Dass der Klimawandel mit Riesenschritten voranschreitet, ist mittlerweile nichts Neues mehr, und kaum jemand kann wohl behaupten, davon noch nie etwas gehört zu haben. Die globale Erwärmung und deren Folgen sind in aller Munde. Sind es die „Friday for Future-Demos“, angeführt von Greta Thunberg, oder die immer öfter auftretenden Wetterkapriolen, die regelmäßig ganze Landstriche verwüsten.

Die Verschmutzung unseres Planeten und der unglaublich hohe Verbrauch von fossilen Brennstoffen stellen ein riesiges Problem dar. Die Erzeugung von Energie und Konsumgütern für die Weltbevölkerung geht häufig mit der Ausbeutung der in den Produzentenländern lebenden Bevölkerung einher. Nun stellt sich für uns als Investoren die Frage: „Wie kann ich global investieren, ohne solch ein Vorgehen zu unterstützen?“. Mit nachhaltigen „ESG“-Fonds. „ESG“ ist die Abkürzung für: Environmental-Social-Governance. Fonds mit ESG-Siegel investieren ausschließlich in Firmen, die gewisse Kriterien in Sachen Umweltschutz, Soziales und Unternehmensführung erfüllen. Die Gewinne einiger solcher Fonds waren in den letzten Jahren beachtlich und haben konventionelle Fonds teilweise geschlagen.

Was ist nun der Grund für die überdurchschnittlichen Renditen von nachhaltigen Veranlagungen?

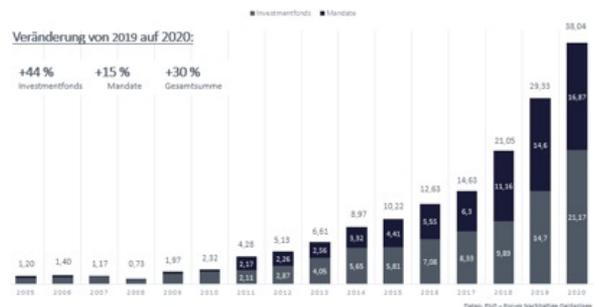
Neben dem aktuellen Trend sind die weltweit regulatorischen Initiativen der Politik für die starken Zuflüsse in ESG-konforme Produkte verantwortlich. Zum einen werden institutionelle Investoren immer mehr in Richtung nachhaltige Vermögensanlage gelenkt zum anderen lässt sich in der Realwirtschaft mittlerweile ein deutlicher Druck auf Unternehmen ablesen, welche mit hohen Treibhausgasemissionen dem Klima schaden. Beispiele dafür sind die CO₂-Steuer oder CO₂-Zertifikate.

Neben dem europäischen Green-Deal und dem Übereinkommen von Paris wird der Druck zur Nachhaltigkeit auch auf andere Großmächte immer stärker. Die USA und China beschreiten einen ähnlichen Weg wie Europa. In den vereinigten Staaten werden Unternehmen in Zukunft von der Börsenaufsicht dazu verpflichtet, einen Ausweis über Treibhausgasemissionen vorzulegen. Ähnliche Anforderungen werden auch in Hongkong diskutiert.

Diese Entwicklung führt dazu, dass die Aktienbewertungen nachhaltiger Unternehmen teilweise in die Höhe schnellen. Die Kursanstiege locken wiederum neue Anleger. Die Spirale von Kursanstiegen und neuen Anlegerinteressen geht weiter und sorgt aktuell dafür, dass zum Beispiel Erzeuger von erneuerbarer Energie immens hohe Bewertungen vorweisen. Im „Clean-Energy-Index“ von S & P finden sich mit hohem Gewicht Unternehmen, bei denen

der Preis für die Aktie den Unternehmensgewinn um das Zehnfache übersteigt. Dennoch sind die aktuell hohen Bewertungen gerechtfertigt, wenn man sich deren Wachstumsprognosen ansieht. Analysten prognostizieren hier teilweise jährliche Wachstumsraten im hohen zweistelligen Bereich, was über kurz oder lang dafür sorgen wird, dass sich auch die hohen Kurs-Gewinn-Verhältnisse einpendeln werden.

Demgegenüber erscheinen Erzeuger von fossiler Energie aktuell relativ günstig. Es stellt sich aber die Frage, inwieweit hier noch Wachstumspotential besteht, kann man doch davon ausgehen, dass der Ölmarkt in Zukunft an Bedeutung verlieren wird.

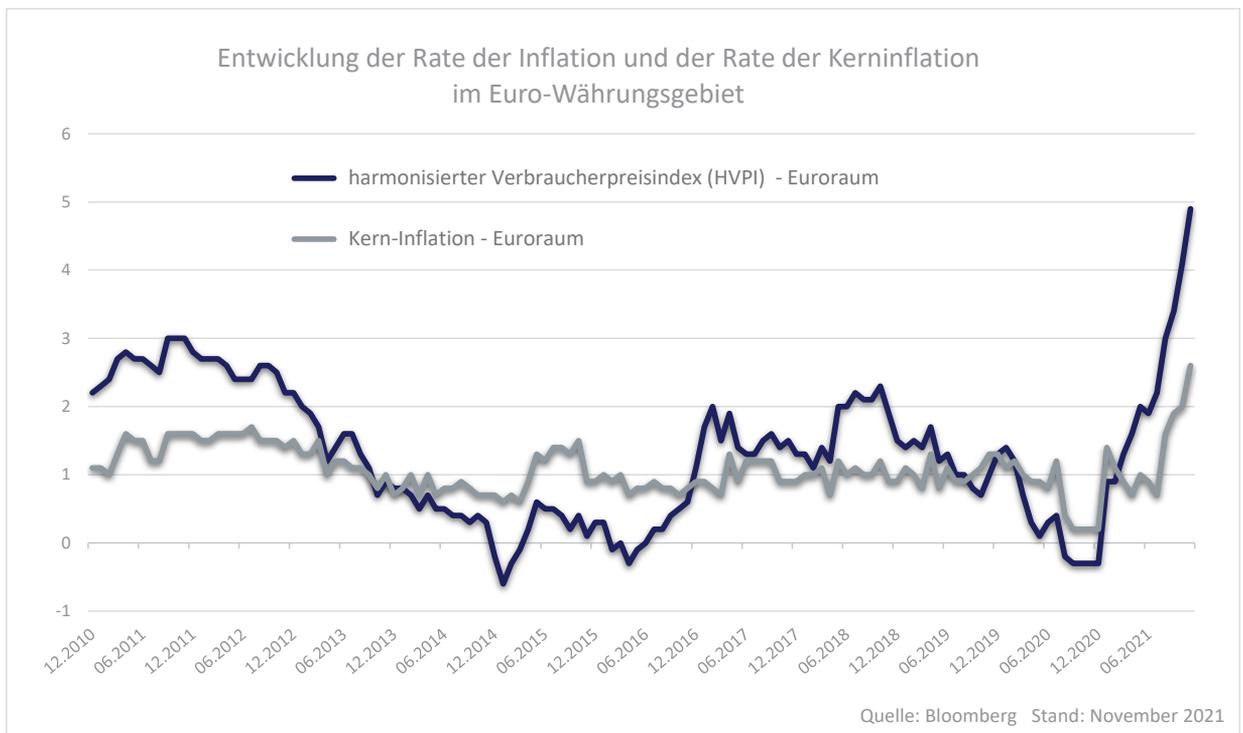


Zuflüsse in Nachhaltige Investmentfonds und Mandate in Österreich (in Mrd. EUR)

Mehr als nur Klimaschutz!

Neben ökologischen Gesichtspunkten spielen auch soziale und verantwortungsbewusste Unternehmensführung eine immer größere Rolle für Investoren. Bereits 2004 haben die Vereinten Nationen ein Arbeitspapier mit dem Titel „who cares wins“ ins Leben gerufen. Die Gültigkeit dieses Slogans hat nach wie vor Evidenz. Unternehmen, die sich sozial gegenüber ihren Mitarbeitern verhalten und in transparenten und ethisch vertretbaren Geschäftsfeldern operieren, positionieren sich als verantwortungsvoller und vertrauenswürdiger Geschäftspartner.

Firmen, die sicherstellen, dass gewisse soziale Mindestanforderungen wie Arbeitssicherheit und Menschenrechte eingehalten werden und weiters noch dafür sorgen, dass geschäftsfeindliche Praktiken wie Korruption und Intransparenz unterbunden werden, machen sich für institutionelle und private Investoren interessant. Rückblickend hat sich gezeigt, dass eine solide Unternehmensführung und Risikomanagementsysteme langfristig sehr positive Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg und damit die Gewinnentwicklung haben. Schlussendlich steigert dies den Marktwert und kann sich positiv auf die Rendite der Geldanlage auswirken.



Nachhaltigkeit als Standard für die Zukunft?

Wie wichtig nachhaltiges und klimafreundliches Investieren in der Zukunft werden wird, zeigt sich immer mehr. Das britische Meinungsforschungsinstitut „YouGov“ veranschaulicht das in einer von der Versicherungsgesellschaft „SwissLife Deutschland“ in Auftrag gegebenen Studie. So ergab diese, dass für 44 % der jungen Generation Y und Z, Nachhaltigkeit bei ihrer Altersvorsorge von großer Bedeutung ist. Von der älteren Generation X und den Babyboomern sind es nur 34 %.

Auch wenn ESG-Fonds aktuell zum Teil vielleicht hoch bewertet sind, steht dieser Megatrend sicher erst am Anfang. Globale Konzerne werden seitens der Politik mit Regularien immer mehr in Richtung Nachhaltigkeit getrieben. Zudem gewinnen Klimaschutz und Menschenrechte für die heranwachsende Generation von Entscheidungsträgern, Managern und auch privaten Anlegern enorme Bedeutung.

PRIVATE BANKING

MMag. Georg Frischmann, CFA
Leiter Private Banking
T. 050700–2412
georg.frischmann@hypotirool.com

Robert Lang
Kundenbetreuer Private Banking
T. 050700–2411
robert.lang@hypotirool.com

Lukas Baumann
Co-Betreuer Private Banking
T. 050700–2404
lukas.baumann@hypotirool.com

Laura Hennig
Co-Betreuerin Private Banking
T. 050700–2407
laura.hennig@hypotirool.com

Rene Schneider, CFP®, EFA®, CPM
Kundenbetreuer Private Banking
T. 050700–2417
rene.schneider@hypotirool.com

Werner Sieff, EFA®
Kundenbetreuer Private Banking
T. 050700–2408
werner.sieff@hypotirool.com

Rene Stubler
Kundenbetreuer Private Banking
T. 050700–2409
rene.stubler@hypotirool.com

PRIVATE BANKING WIEN

Markus Binder, CFP®, EFA®
Kundenbetreuer Private Banking
T. 050700–5220
markus.binder@hypotirool.com

Roman Hinterleitner
Kundenbetreuer Private Banking
T. 050700–5273
roman.hinterleitner@hypotirool.com

Maria Haas, BSc
Kundenbetreuerin Private Banking
T. 050700–5213
maria.haas@hypotirool.com

Christian Markl, EIP
Kundenbetreuer Private Banking
T. 050700–5205
christian.markl@hypotirool.com

PRIVATE BANKING ITALIEN

Roman Thurner, MSc.
Fachgruppenleiter Private Banking
T. +39 0471 099 625
roman.thurner@hypotirool.com

Philipp Marth, MSc.
Kundenbetreuer Private Banking
T. +39 0471 099 622
philipp.marth@hypotirool.com

REDAKTIONSTEAM

MMag. Georg Frischmann, CFA
Leiter Private Banking

Markus Amtmann, MSc.
Asset Management

Mag. Michael Blenke, CFA
Stv. Leiter Treasury

MMag. Stefan Danzl, CPM
Asset Management

Christoph Eidenhammer, CEFA®, CPM
Bankbuchsteuerung

Mag. Roland Höpflinger, CPM
Asset Management

Manfred Kirchmair, CPM
Treasury Sales

Christian Rennert, MA
Bankbuchsteuerung

Mag. Stefan Walde, CEFA®
Fachgruppenleiter Asset Management

Mag. Susanne Endl
Leiterin Treasury

Gernot Zimmermann, CPM
Fachgruppenleiter Treasury Sales





**HYPO
TIROL**

Unsere Landesbank